

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbm d



## Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Antikriegstag: Gemeinsame Sicherheit schaffen.

Seite 1

Wolfgang Clement, Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD, weist auf die Folgen des Fall Tiedge hin: Ansehen der Bundesrepublik schwer beschädigt.

Seite 5

### Dokumentation

Der Hamburger Bildungssektor Joist Grolle hat das amerikanische SDI-Projekt in einem Brief, den er aus Anlaß des Antikriegstages an die Pädagogen der Hansestadt schrieb, scharf verurteilt. Wortlaut auf

Seite 8

40. Jahrgang / 165

30. August 1985

Nur gemeinsam sind wir sicher

Gedanken zum Antikriegstag 1985

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die deutschen Gewerkschaften haben aus Anlaß des 1. September gefordert, daß dem Wettrüsten ein Ende bereitet wird und daß alle Massenvernichtungsmittel - in Ost und West - beseitigt werden.

Warum aus Anlaß des 1. September? Weil es dieser Tag im Jahre 1939 war, an dem mit dem Überfall auf Polen das schreckliche Startsignal für den Zweiten Weltkrieg gegeben wurde. Das ist nun auch schon wieder lange her, aber die furchtbaren Leiden und die einschneidenden Folgen jenes Krieges wirken nach.

Die Schrecken der Vergangenheit sollen sich nicht wiederholen. Noch genauer, auf unser Land und unser Volk bezogen: Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen - von deutschem Boden müssen Werke und Worte des Friedens ausgehen.

Es gibt eine lange Geschichte der Demonstrationen jener, die die Lasten, die Opfer und die Verbrechen des Krieges am drückendsten erlitten haben und nicht wieder erleiden wollen. Man mag fragen, ob Resolutionen und Aufmärsche wirklich in der Lage sind, die großen Gefahren für die Menschheit abzuwenden. Meine Antwort: - Illusionen helfen nicht weiter, aber erst recht hilft nicht weiter, den Mund zu halten, wo lautes Aufbegehren geboten ist.

In der Bundesrepublik Deutschland bilden Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine wesentliche Basis der Bewegung für den Frieden. Die Friedensfrage tangiert ureigenste Interessen der arbeitenden Menschen und also ihrer Gewerkschaften. Es muß für jeden klar sein, daß Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auch mit der weltweiten Vergeudung materieller Mittel für Zwecke der Überrüstung zusammenhängen.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
with environmental friendly  
Recycled Paper



Das wird noch klarer, wenn wir den Blick auf die armen Entwicklungsländer lenken. Für viele von uns ist es unerträglich geworden, wenn in einem Jahr tausend Milliarden Dollar für Rüstungen aufgewendet werden, während zehn oder sogar fünf Prozent davon ausreichen würden, um den Welthunger zu besiegen.

Es ist das Verdienst der Friedensbewegung, unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung unter strikter Beachtung des Prinzips der Gewaltlosigkeit im Protest gegen das immer wahnwitziger gewordene Wettrüsten zusammengeführt zu haben. Und dabei nicht vergessen zu haben, daß der organisierte Wahnsinn nicht allein das eigene Leben, sondern das der Menschheit bedroht.

Eine große Partei - auch wenn sie aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist und den Zielen des demokratischen Sozialismus verpflichtet bleibt - hat sich in erheblichem Maße auf das glanzlose Geschäft einzulassen, Vorstellungen von der Zukunft in kleine Schritte umzusetzen. Gerade deshalb braucht auch eine fortschrittliche Partei die Ermutigung durch unabhängige Kräfte. Aber die Bewegung für den Frieden braucht ihrerseits die Ermutigung durch eine mehrheitsfähige politische Partei, die aufnimmt und in praktische Politik umsetzt, was Millionen ersehnen.

Das fortdauernde Engagement der Bürger ist Voraussetzung dafür, daß die Sehnsucht nach Frieden und Abrüstung in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden kann. Ich appelliere an die Anhänger der Friedensbewegung, nicht die Orientierung zu verlieren und etwa in Resignation zu verfallen. Denn so wenig es leider bisher gelungen ist, die Aufrüstungswelle anzuhalten, so sehr muß uns allen daran liegen, eine Entwicklung zu korrigieren, die beide deutschen Staaten gleichermaßen zur Abschußrampe und Zielscheibe von immer mehr Atomraketen macht.

Die Bundesregierung hat nicht verstanden, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Ich werfe der Bonner Regierung nicht vor, daß sie nicht auch für den Frieden sei. Aber ich kreide ihr an, daß sie es anmutigen und unbequemen abrüstungspolitischen Initiativen mangeln läßt. Deshalb muß sie den Druck eines unruhig gewordenen Volkes spüren.

Wenn die gegenwärtig in Bonn Regierenden dazu nicht fähig sind, so muß die kommende Regierung dafür sorgen, daß überflüssig stationierte Raketen wieder wegverhandelt werden. Weiter muß es zur Regierungspolitik werden, wie dies auch viele deutsche Wissenschaftler fordern, daß die Bundesrepublik Deutschland sich an der Militarisierung des Weltraums nicht beteiligt; den internationalen Einfluß der Bundesrepublik gilt es dafür einzusetzen, daß die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Und um dies gleich hinzuzufügen: Wir brauchen keine neuen chemischen Vernichtungsmittel in der Bundesrepublik - in unserem Interesse liegt die Ächtung solcher Waffen, und damit sollte man in beiden deutschen Staaten und in diesem Teil Europas beginnen.

## II.

Die Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik haben die Menschheit in ungeahntem Ausmaß befähigt, Probleme zu lösen; aber die Fähigkeit, alles zu zerstören, hat gleichermaßen gewaltig zugenommen. Offensichtlich haben sich die technischen Fähigkeiten des Menschen schneller entwickelt als seine politischen, gemeinschaftsbildenden, friedenssichernden. Erst langsam beginnt es klar zu werden, daß die Völker und ihre Staaten sich nicht mehr verhalten dürfen, wie vor hundert oder auch nur wie vor fünfzig Jahren, wann sie überleben wollen.

Das erwähnte Weltraumrüstungsprojekt, von dem es heißt, es solle die Bedrohung durch strategische Nuklearraketen endgültig beseitigen, wäre eine grandiose Vision, wenn es nicht im Gegenteil noch mehr Risiken produzierte. Mehr und mehr Wissenschaftler in der Welt sagen deshalb: Wir machen nicht mit. Anders verhält es sich mit einem europäischen Programm, das der friedlichen Weltraumforschung dient.



Zweihundert deutsche Wissenschaftler haben in einem Brief an den Bundeskanzler in Bonn begründet, weshalb sie die Mitarbeit am amerikanischen Weltraumprojekt ablehnen. Auch viele Wissenschaftler, die für SDI arbeiten, halten den Aufbau eines hundertprozentig undurchlässigen Schutzschirms für unmöglich. Dutzende amerikanische Nobelpreisträger haben ihren Präsidenten öffentlich aufgefordert, das SDI-Programm zu stoppen. Es sei „technologisch naiv, militärisch tollkühn, wirtschaftlich ruinös“ und stehe „im Widerspruch zur Moral“. Bundesminister Geißler maß sich an, diese Haltung als „unmoralisch“ zu bezeichnen.

Unsere Einwände sind unabhängig davon, wie weit die Sowjetunion sich ihrerseits auf das Gebiet des Kriegs der Sterne begibt oder ob sie zunächst meinen sollte, die amerikanischen Pläne mit mehr Offensivwaffen überspielen zu können. Unsere begründete Sorge ist, daß die Entwicklung von Weltraumwaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bringen wird. Sie führt nur zu einem weiteren unsinnigen Wettrennen, dessen Kosten wir alle zu tragen haben.

Weltraumprogramme sind hoffnungslose Versuche, im Atomzeitalter Unverwundbarkeit zu errüsten. Was wir brauchen, ist eine bessere Politik, sind nicht tödlichere Waffen. Versagen auf der Erde kann durch die Flucht in den Weltraum nicht ausgeglichen werden. Den Millionen hungernden Menschen auf der Erde hilft es schon ganz und gar nicht, wenn man den Himmel zum Aufmarschfeld von Robotern macht.

Wo es um das Verhältnis der Supermächte und der Blöcke geht, kann Sicherheit für eine Seite nicht mehr durch Rüstung erreicht werden, die die Sicherheit der anderen Seite reduziert. Auf Dauer kann Sicherheit nur erreicht werden durch eine Politik, die das Interesse nach Sicherheit beider Seiten berücksichtigt. Die Anerkennung, daß wir bei allen Unterschieden und bei aller Verpflichtung auf unsere Werte, nur gemeinsam sicher sein werden, ist der einzige Weg, um die Destabilisierung weiterer Rüstung zu stoppen.

Heute haben die beiden Seiten Streitkräfte und Waffen angesammelt, die weit über das hinausgehen, was zu ihrer Verteidigung nötig sein mag. Die Supermächte haben sogar die Fähigkeit erworben, das Leben auf unserem Globus zu beenden.

Für die fünf Milliarden Menschen in den 160 Staaten ist es unerträglich, daß sie in ihrem Recht auf Leben abhängig sein sollen von wenigen einzelnen in der einen oder der anderen Hauptstadt und darauf vertrauen sollen, daß diese Wenigen vernünftig sind und beherrscht bleiben. Daß sie den einen irreparablen Fehler nie machen, Aus dem Recht auf Leben leiten wir anderen, die vielen, die weniger Macht haben, das Recht ab, die Übermächtigen zu drängen, ihre Macht zu begrenzen.

Wenn der Präsident aus Washington und der Generalsekretär aus Moskau sich im übernächsten Monat zusammensetzen, erwartet die Welt von ihnen nicht, daß sie dicke Freunde werden. Wohl aber erwarten wir mit Millionen und Abermillionen, daß sie die Drohung mit dem alles vernichtenden Weltkonflikt beenden. Und wenn sie sich zu dem Einverständnis durchringen, daß auch sie nur miteinander Sicherheit erlangen können.

Wenn der überfällige Gipfel der Weltmächte zu einer Vereinbarung führen sollte, alles zu tun, um den Dritten Weltkrieg auszuschließen, so wäre das nicht wenig. Es wäre nicht weniger, als der Menschheitsgeschichte ein neues Kapitel zu eröffnen. Die Völker müssen nach einer solchen Vereinbarung rufen, denn das gebietet ihr Interesse an Sicherheit.

Zwischen West und Ost sollte endlich auch über die Nord-Süd-Probleme beraten werden, die auf so vielfältige und verhängnisvolle Weise mit dem Wettrennen verbunden sind. In den drei Billionen DM, die dieses Jahr weltweit für militärische Zwecke ausgegeben werden, steckt das Todesurteil für Millionen unserer Mitmenschen. Das immer weitere Anhäufen von Zerstörungsmaschinen tötet schon heute, weil es die Mittel auffrißt, ohne die Menschen zum Tode des Verhungerns verurteilt sind.

Das ist unverantwortlich, und man soll aufhören, sich Humanist oder Christ zu nennen, wenn man nicht dagegen aufbegehrt.

## III.

In Europa haben wir seinerzeit, nach dem damaligen Kalten Krieg, schon gute Erfahrungen beim Miteinander der Staaten gemacht. Kooperation war der Ausdruck unserer Bereitschaft, Beziehungen auf der Grundlage von Entspannung zu entwickeln. Die Politik der Entspannung, so wie sie am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre möglich wurde, war die Konsequenz aus den negativen Erfahrungen in der vorangegangenen Periode der zugespitzten Konfrontation und des übersteigerten Mißtrauens. Die Verträge mit den osteuropäischen Ländern und die Konferenz in Helsinki, deren Zehnjahrestag kürzlich begangen wurde, waren Schritte nach vorn. Daran gilt es wieder anzuknüpfen. Wir brauchen eine neue Phase der West-Ost-Politik.

Das bedeutet europäisch eine Perspektive, in der die Staaten ihre wissenschaftliche und kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit zu einer neuen Qualität entwickeln. Und zwar so, daß die Intensität der Zusammenarbeit friedenssichernd wirkt. Daß dies einer guten Abstimmung mit den westlichen Verbündeten bedarf, versteht sich für mich von selbst. Aber Bündnistreue kann nicht bedeuten, daß man andere bestimmen läßt, was unsere Interessen sind.

Aus unserer deutschen und europäischen Interessenlage gilt es deutlich zu machen, daß die Beziehungen zwischen Ost und West nicht zuerst unter dem Gesichtspunkt der militärischen Konfrontation, sondern unter dem Gesichtspunkt des politischen Nutzens betrachtet werden sollten. Daran hält sich unsereiner in seinen Gesprächen mit östlichen wie westlichen Partnern - mit Augenmaß und Grundsatztreue.

Auf dem Feld der Wirtschaftsbeziehungen ist das Miteinander dem Gegeneinander jedenfalls vorzuziehen. Wer miteinander Handel treibt, der schießt nicht gleichzeitig aufeinander. Die Bundesrepublik sollte der entschiedene Verfechter einer Industrie- und Umweltpolitik sein, die Europa als ganzes im Blickfeld hat.

Zum anderen geht es um eine Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, die den Namen verdient. Besonders die Grenzländer, auf deren Boden tausende nuklearer Sprengköpfe lagern, müssen daran interessiert sein, daß durch nuklearfreie Zonen, durch Truppenabbau, durch die Ächtung von chemischen Waffen und die schrittweise Umstellung auf eine eindeutig als defensiv zu erkennende Bewaffnung die tödliche Gefahr für die Menschen in Mitteleuropa gemindert wird.

Ich halte es für einen abrüstungspolitischen Durchbruch, daß Politiker aus beiden deutschen Staaten einen praktikablen Vorschlag für die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone ausgearbeitet haben. Ein solcher Vorschlag verdient aufgegriffen und ausverhandelt zu werden. Der Gegenstand ist zu ernst, als daß man daraus kleinliche parteipolitische Polemik ableiten dürfte.

Der Zukunft Deutschlands und Europas wegen brauchen wir eine Erneuerung der Entspannungspolitik. Solange die Militarisierung des politischen Denkens anhält, dauert die Schwäche Europas an oder nimmt sogar noch zu. Solange die internationale Politik vom Raketenwettlauf bestimmt wird, bleiben die besonderen Fähigkeiten der Europäer ohne Wirkung. Das geistige und kulturelle Gewicht Europas kann erst dann zum Tragen kommen, wenn der globale Rüstungswahnsinn keine politisch beherrschende Rolle mehr spielt.

Wenn wir so über unseren Teil der Welt sprechen, wollen wir, bitte, nicht vergessen, in wievielen anderen Teilen der Welt nicht Frieden herrscht, sondern blutiger Krieg. Ich nenne Südafrika und den Persischen Golf, Afghanistan, Kambodscha und Mittelamerika.

Unser Mitgefühl ist bei allen, die um ihr Leben und das ihrer Nächsten bangen müssen. Bei allen, die sich um das tägliche Brot sorgen müssen und die gegen mächtige Widersacher auf dem Recht bestehen, über die Zukunft ihres Landes selbst zu bestimmen.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles andere nichts.

(-/30.8.1985/rs/ks)

+ + +

(Willy Brandt wird diese Gedanken am 1. September, dem Antikriegstag, auf einer gemeinsamen Veranstaltung von DGB und SPD in München vortragen).



Das Ansehen der Bundesrepublik ist schwer beschädigt

Der Fall Tiedge findet ein verheerendes internationales Presseecho

Von Wolfgang Clement  
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD

Der Spionageskandal Tiedge hat dem Ansehen der Bundesrepublik international schwersten Schaden zugefügt. Dies gehört mit zu der politischen Verantwortung des amtierenden Bundesinnenministers, die er auch nicht dadurch abstreifen kann, daß er seinen Behördenleiter in den Regen stellte.

Ein Blick in die Medien des westlichen Auslands zeigt: Der Ruf der deutschen Behörden, speziell der Sicherheitsbehörden, ist im Zuge der aktuellen, andauernden Affäre so stark ramponiert worden, daß negative Rückwirkungen auf die innere Sicherheit unseres Landes, beispielsweise in der Terrorismusbekämpfung, nicht auszuschließen sind. Erheblichen Schaden hat überdies erneut das deutsch-amerikanische Verhältnis genommen. In den US-Medien spielt der Tiedge-Skandal eine herausragende Rolle. Beispielhaft für die Beurteilung der Vorgänge in unserem Land ist die Schlagzeile von US-Today: „Kann man den Deutschen noch trauen?“.

Die außergewöhnlich breiten Reaktionen in den westlichen Medien zeigen:

- Der Fall Tiedge wird auch außerhalb der Bundesrepublik als der gefährlichste Spionagefall in der Geschichte unseres Landes eingestuft. Die Versuche der Bundesregierung, aus Gründen eines zynischen Parteienprozesses Parallelen zum Fall Guillaume herzustellen, fruchten nichts; fast durchweg wird der aktuelle Spionagefall sowohl dem Umfang als auch in der Substanz als weit schwerwiegender beurteilt.
- Ganz besonders in den USA, aber auch in einer Reihe anderer Länder, stellen Berichterstatter, Kommentatoren und Sicherheitsexperten die Zuverlässigkeit der Behörden in der Bundesrepublik in Frage. Daß dies erhebliche negative Auswirkungen auf die dringend notwendige internationale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich haben kann - beispielsweise bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus - liegt auf der Hand. Der Schaden, der dadurch für die innere Sicherheit unseres Landes herbeigeführt worden ist, ist noch gar nicht absehbar.
- Insbesondere das deutsch-amerikanische Verhältnis hat durch den Spionageskandal und seine Behandlung durch die verantwortlichen Sicherheitsbehörden erneut schweren Schaden genommen. Die Behandlung des Falles Tiedge in den US-Medien ist nur vergleichbar der äußerst kritischen Berichterstattung in den Vereinigten Staaten zu Zeiten des Bitburg-Besuches Präsident Reagans. Diejenigen, die hierzulande mit einer primitiven Anti-Amerikanismus-Kampagne gegen die SPD innenpolitischen Profit zu machen hoffen, haben dem deutsch-amerikanischen Verhältnis inzwischen mehr Belastungen zugemutet als je eine Bonner Regierung zuvor.

Im folgenden dokumentieren wir zur Veranschaulichung des insgesamt verheerenden internationalen Presseechos einige Auszüge aus ausländischen Medien:

USA

„WASHINGTON POST“ (25. August 1985): „Für Herrn Kohls Regierung bedeuten die Vorkommnisse eine weitere Last. Zwar werden sie ihn nicht das Amt kosten wie Willy Brandt ein ähnlicher Skandal im Jahre 1974. Doch werden die Ereignisse ein weiteres Signal der inneren Zerrüttung und ein Punkt der Verwundbarkeit einer Regierung sein, die bis zur Mitte ihrer Amtszeit wenig Beweise für Energie und Initiative gezeigt hat. Wie hoch die Schäden tatsächlich sind, wird wohl niemals veröffentlicht werden.“



„THE WALL STREET JOURNAL“ (26. August 1985): „Die prominentesten Männer unter Feuer sind Heribert Hellenbroich, Chef des staatlichen Nachrichtendienstes; Innenminister Friedrich Zimmermann und Waldemar Schreckenberger, ein enger Ratgeber von Herrn Kohl und zugleich der verantwortliche Beamte für die Koordination der Geheimdienste. Zusätzlich steht Herr Kohl selbst, dessen Regierung von Skandalen und Vorwürfen schlechten Managements heimgesucht worden ist, unter Druck einer schleunigen Zuweisung der Verantwortung.“

„TIME“ (2. September 1985): „Sobald Bonn seine Verbündeten auf das Verschwinden von Tiedge aufmerksam gemacht hatte, begannen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, den Schaden für ihre eigenen geheimdienstlichen Operationen abzuschätzen. Obwohl Regierungsvertreter nicht genau angeben wollten, wie weit diese Aktivitäten betroffen sein könnten, so könnte doch dieses Geschehnis die Alliierten zu etwas größerer Zurückhaltung dabei veranlassen, sensible Informationen mit Westdeutschland zu teilen. Am verwundbarsten hinsichtlich von Rücktrittsforderungen sind Heribert Hellenbroich, früher Leiter des BfV und heute Chef des BND in München, sowie Innenminister Friedrich Zimmermann, der die Gesamtverantwortung trägt.“

„NEWSWEEK“ (2. September 1985): „... So ernst er auch sein mag, wird der Fall Tiedge doch wahrscheinlich nicht die westlichen Geheimdienste und das NATO-Kommando veranlassen, ihr Verhältnis zu Westdeutschland zu verändern. Sie behandeln die Deutschen bereits mit herzlicher Vorsicht. Kohl braucht vor 1987 keine Bundestagswahlen auszurufen, bis dahin könnte er vielleicht Zeit gewinnen, um die Wähler die Strähne ärgerlicher Schlagzeilen aus diesem Jahr vergessen zu machen: Bitburg, Mengele und jetzt Tiedge. Schwieriger wird sich Innenminister Friedrich Zimmermann erholen können, weil er für die Sicherheit direkt verantwortlich ist. ... Ein Spitzendiplomat der NATO sagte in Bonn: „Natürlich müßte das die Regierung zum Abtreten veranlassen. Aber das wird es nicht. Die Deutschen sind viel zu sehr daran gewöhnt.“

„INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE“ (28. August 1985): „Nach Meinung von Politikern und westlichen Diplomaten in Bonn ist es wahrscheinlich, daß der Spionageskandal das Prestige von Kanzler Helmut Kohls konservativer Koalition zuhause aushöhlt und Mißtrauen unter Westdeutschlands Verbündete sät. ... Einige westliche Diplomaten glauben, daß der Spionageskandal größeren Schaden an den Verbindungen Bonns mit anderen NATO-Mitgliedsstaaten anrichten wird, - speziell bei den USA, wo gerade das SDI-Projekt der Reagan-Administration die Frage des Transfers von Hochtechnologie nach Westdeutschland und an andere Alliierte in den Brennpunkt gerückt hat. ...“

#### Großbritannien

„FINANCIAL TIMES“ (24. August 1985): „Der Spionageskandal wird als einer der schlimmsten in der Geschichte des Landes betrachtet und es sind bereits politische Bemühungen im Gange, den Schaden hinsichtlich der Bindungen an Ostdeutschland zu begrenzen.“

„THE TIMES“ (26. August 1985): „Die politischen Folgen sind verheerend: für Bundeskanzler Kohl persönlich, für seine Regierung, für die Sicherheit der NATO und für Bonns Beziehungen zu den Alliierten, vor allem zu den USA. Die Verlegenheit, in der sich Kohl befindet, ist auffällig. Der glücklose christdemokratische Politiker wird jedoch wahrscheinlich nicht zurücktreten, wie es Brandt in der Guillaume-Affäre tat. Kohl wird aber zumindest nominell die Verantwortung für das Versagen des Geheimdienstes und die gefährlichen Mängel in der Sicherheitsfrage übernehmen müssen.“

„THE TIMES“ (27. August 1985): „Der westdeutsche Spionageskandal hat das Vertrauen Amerikas in die Fähigkeit der Westeuropäer, sensitive alliierte Informationen zu schützen, dermaßen erschüttert, das es gewiß zu einem strengeren Vorgehen hinsichtlich der Teilhabe an höchst geheimen Daten des SDI-Programms kommen wird. - Das ist ein weiterer Schlag für Kanzler Kohl, der darauf bestand, daß sein Land vollen Zugang zur amerikanischen Forschung haben müsse, falls es dem SDI-Programm beitreten solle.“

#### Dänemark

„AKTUELL“: (24. August 1985): „Die Angelegenheit ist auch auf europäischer Ebene ernst. Der Kanzler muß in dieser Situation vergessen, daß er Parteivorsitzender ist. Kohl muß jetzt ungeachtet parteipolitischer Konsequenzen als Staatsmann handeln. Willy Brandt hat den Weg gezeigt.“



Schweden

„SVENSKA DAGBLADET“ (24. August 1985): „Es ist klar, daß die Affäre für die politische Führung in Bonn äußerst peinlich ist. Die Regierung von Kanzler Kohl hat bereits etliche Fehltritte zu verzeichnen und nach dem Spionageskandal wird es ihr noch schwerer fallen, ihr Ansehen bis zur nächsten Bundestagswahl aufzupolieren. Die Affäre könnte auch Folgen für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten haben. Die Kräfte des rechten Parteiflügels, die Westdeutschlands Haltung gegenüber dem Osten verschärfen wollen, könnten durch den Spionageskandal Wasser auf ihre Mühlen bekommen.“

Frankreich

„LE FIGARO“ (24. August 1985): „Ein vollkommenes Scheitern der westdeutschen Gegenspionage? Ohne Zweifel... Der gegen die Glaubwürdigkeit Bonns geführte Schlag ist international. Das war wahrscheinlich auch eines der Ziele der in voller Kenntnis der Sachlage von Osten beschlossenen Enttarnung. Die Affäre wird das Vertrauen der Verbündeten des CIA untergraben, und dies vor allem in einer Bundesrepublik, die ohnehin bereits als ein Paradies für Spione und Einfluß ausübende Agenten gilt, die sich dort einer relativen Immunität erfreuen.“

„LE FIGARO“ (26. August 1985): „... Was man allerdings über seinen (Tiedges) Fall erfährt, könnte sich eher in einer „Bananenrepublik“ zugetragen haben als in der zweitgrößten Macht der NATO.“

Italien

„LA REPUBBLICA“ (24. August 1985): „Wegen der Konsequenzen übertrifft der Fall Tiedge sogar die Affäre um Günther Guillaume.“

„LA STAMPA“ (24. August 1985): „Es handelt sich um die dramatischste Krise im deutschen Sicherheitsapparat seit Kriegsende. ...“

„CORRIERE DELLA SERA“ (25. August 1985): „In Bonn fragt man sich, welche Köpfe aufgrund dieser schwerwiegenden Spionageaffäre reifen werden. Auf der Anklagebank sitzen mit Innenminister Zimmermann und dem Chef der Spionageabwehr, Holger Pfahls, zwei Christsoziale.“

Schweiz

„NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“ (24. August 1985): „Wie auch immer, der Fall bedeutet für die bundesdeutschen Sicherheitsdienste, abgesehen von dem schweren materiellen und wohl auch politischen Schaden, so oder so eine Blamage.“

„BASLER ZEITUNG“ (24. August 1985): „Es ist durchaus möglich, daß der Kanzleramtsspion Günther Guillaume, der Willy Brandt zu Fall brachte, einmal im Vergleich mit Hans Tiedge als kleiner Fisch erscheinen wird. Die Flucht des Gruppenleiters der bundesdeutschen Spionageabwehr dürfte einschließlic Heinz Felfe und Otto John den Spionageskandal zur größten Sicherheitsblamage geraten lassen.“

„NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“ (26. August 1985): „Selbst nach dem wahrscheinlichen Rücktritt Heilenbroichs (Chef des Bundesnachrichtendienstes) werden die Affäre Tiedge und ihre Hintergründe noch keineswegs bereinigt sein. In der Schußlinie stehen automatisch auch die politischen Vorgesetzten der fahrlässigen Geheimdienstleute, ... vor allem Zimmermann und Schreckenberger. ... Sollte sich herausstellen, daß im Fall Tiedge vermeidbare Fehler auch auf (dessen) Konto gehen, dann dürfte es für Kohl nicht leicht sein, Schreckenberger weiterhin im Kanzleramt zu halten. - Innenminister Zimmermann sitzt da wohl etwas besser im Sattel - erstens, weil er sich in bedrängten Situationen persönlich besser zu wehren versteht und zweitens, weil er sich wahrscheinlich auf die feste Rückendeckung seines Parteichefs Strauß verlassen kann.“

Spanien

„ABC“ (25. August 1985): „Die Flucht eines Mannes, der neunzehn Jahre im Zentrum des Sicherheitsapparates gearbeitet hat, hat den deutschen Spionage- und Spionageabwehrdienst in seinen Grundfesten erschüttert und das Vertrauen der deutschen Politiker und ihrer Freunde und Verbündeten in diesen Dienst beeinträchtigt.“

Israel

„MAARIV“ (27. August 1985): „Die westdeutschen Geheimdienste stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen.“

+ + +

(-/30.8.1985/rs/ks)

Veränderung: 1985/8  
 mit 1000 Stück  
 1000 Stück



**DOKUMENTATION**

**Joist Grolle: 1.9.1939 - Es geht um mehr als um ein historisches Datum**

Der Hamburger Schulsenator Professor Dr. Joist Grolle richtete aus Anlaß des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges einen Brief an alle Lehrerinnen und Lehrer der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Brief, der eine leidenschaftliche Anklage des SDI-Programms enthält, hat folgenden Wortlaut:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist es noch aktuell, Ihnen zur Erinnerung an den 1. September 1939 einen Brief zu schreiben? Ginge es nur um das historische Datum, so könnte man, 46 Jahre „danach“, im Zweifel sein. Aber es geht um mehr als ein historisches Datum.

Zwar ist die Trümmerlandschaft des letzten Krieges inzwischen beseitigt, nicht aber die mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einhergehende Furcht vor einem Dritten Weltkrieg. Im Gegenteil, wenn es Stationen in Richtung auf einen neuen Krieg gibt, dann ist das Jahr 1985 eine solche Station. Das Arsenal des Schreckens hat in diesem Jahr mit der Vision des „Kriegs der Sterne“ eine neue Dimension bekommen. Nicht mehr die Erde allein, auch der Himmel soll jetzt der ultima ratio des Menschen unterworfen werden. Was mehr als 3.000 Jahre nur eine Metapher schien, soll nun mit Hilfe des amerikanischen SDI-Programms Wirklichkeit werden: „Laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, des Spitze bis in den Himmel reicht.“

Nach einer Direktive Präsident Reagans sind allein für die das neue Weltraumwaffensystem vorbereitenden Forschungsarbeiten von 1985 bis 1990 26 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Um zu ermessen, was diese Summe bedeutet: Nach Berechnungen der Vereinten Nationen reichten bereits 18 Milliarden US-Dollar aus, um zu verhindern, daß Jahr für Jahr 40 Millionen Menschen an Hunger und seinen Folgen sterben. Noch gigantischer sind die Ausgaben, die im Anschluß an die Forschungsarbeiten notwendig werden, um die angestrebten weltraumgestützten Laserkampfstationen zu realisieren. Die niedrigsten Kostenschätzungen schwanken zwischen 100 und 500 Milliarden US-Dollar, ein Potential, das wiederum entsprechende Gegenanstrengungen der Sowjetunion zwangsläufig nach sich ziehen wird.

Wir haben alle erlebt, daß auch in der Vergangenheit in der westlichen wie in der östlichen Welt Milliardenbeträge für die Rüstung ausgegeben wurden. Aber mit der jetzt einsetzenden Entwicklung gewinnt das ohnehin erschreckende Ausmaß der Hochrüstung eine neue Qualität. Nicht allein wird die Explosion der Rüstungskosten den Hungertod in großen Teilen der Erde zum Dauerzustand machen, auch das mühevoll ausbalancierte Verhältnis zwischen den Großmächten wird durch die Militarisation des Weltraums in menscheitsbedrohender Weise verändert.

Wer in der Schule Kinder für das Leben vorbereitet, empfindet doppelt die Überschattung der Zukunft durch die Systeme des Todes. Wir sollten in dieser Situation nicht der Hysterie das Wort reden, aber wir sollten es auch nicht mit einer Pädagogik des Verschweigens halten. Es ist zu spät zum Reden, wenn der Turmbau zu Babel uns und unsere Kinder unter sich begraben hat.

Ihr gez. Joist Grolle

(-/30.8.1985/rs/ks)

+ + +